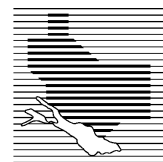


Festlegung des Untersuchungsrahmens (Scoping)

zur Änderung des Regionalplans im Bereich Eriskirch-Waldesch
am 04.10.2006



Antrag der Gemeinde Eriskirch auf Änderung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben im Bereich Eriskirch-Waldesch;

hier: Festlegung des Untersuchungsrahmens (Scoping)

**Protokoll über die Besprechung im Rathaus Eriskirch am 4. Oktober 2006,
14.00-16.00 Uhr**

Anwesend:

Herr Dr. Bischoff, Regierungspräsidium Tübingen (Referat 21)
Herr Kleiner, Gemeinde Eriskirch (Bauamt)
Herr Köberle, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben
Herr Pflug, Landratsamt Bodenseekreis (Umweltschutzamt: Naturschutz)
Herr BM Spieth, Gemeinde Eriskirch
Herr Winkelhausen, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben
Herr Zeh, Regionalverband Bodensee-Oberschwaben (Protokoll)

1. Rechtliche Vorgaben

Herr Winkelhausen erläutert zunächst die grundsätzlichen Vorgaben des Landesplanungsgesetzes (LplG) für die Änderung von Regionalplänen. Danach seien Änderungen zulässig, "soweit wichtige Gründe es erfordern und wenn gewährleistet bleibt, dass sich ... die Änderung nach dem Stand der Arbeiten am Regionalplan in die beabsichtigten Festlegungen des Regionalplans zur Siedlungsstruktur, zur Freiraumstruktur und zur Infrastruktur nach § 11 einfügt" (§ 12 Abs. 1 Satz 2 LplG).

Allerdings gelte inzwischen für jede Aufstellung und Änderung von Regionalplänen, die nach dem 20. Juli 2004 erfolge, die Verpflichtung zur Umweltprüfung gemäß Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (sog. SUP-Richtlinie).

Eine entsprechende Anpassung des Landesplanungsgesetzes für Baden-Württemberg sei noch nicht vorgenommen worden. Bisher liege nur der Entwurf eines Änderungsgesetzes vom November 2005 vor. § 2a Absatz 1 dieses Entwurfs habe folgenden Inhalt: "Bei der Aufstellung, Fortschreibung und sonstigen Änderung eines Entwicklungsplans oder eines Regionalplans ist eine Umweltprüfung im Sinne der Richtlinie 2001/42/EG durchzuführen. Hierzu ist als gesonderter Bestandteil der Begründung des Planentwurfs ein Umweltbericht zu erstellen."

Bis zu einer Umsetzung der SUP-Richtlinie in Landesrecht werden die einschlägigen Gesetze des Bundes (ROG/UVP) unmittelbar angewendet. So führt das ROG in § 7 Abs. 5 aus: "Es ist vorzusehen, dass bei der Aufstellung und Änderung von Raumordnungsplänen eine Umweltprüfung im Sinne der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (ABl. EG Nr. L197 S.30) durchgeführt wird."

In dem dabei gemäß den Kriterien des Anhangs I der Richtlinie 2001/42/EG zu erstellenden Umweltbericht sind die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen, die die Durchführung des Raumordnungsplans auf die Umwelt hat, sowie anderweitige Planungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der wesentlichen Zwecke des Raumordnungsplans zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten.

Rahmengebend seien dabei Art. 5 und Anhang I der sog. SUP-Richtlinie. Danach müssten die Auswirkungen der Planänderung auf die Schutzgüter biologische Vielfalt, die Bevölkerung, die Gesundheit des Menschen, Fauna, Flora, Boden, Wasser, Luft, klimatische Faktoren, Sachwerte, das kulturelle Erbe einschließlich der architektonisch wertvollen Bauten und der archäologischen Schätze, die Landschaft und die Wechselbeziehung zwischen den genannten Faktoren untersucht werden.

2. Gegenstand des Scoping-Termins

Für die Festlegung von Umfang und Detaillierungsgrad des Umweltberichts sei ein Scoping-Termin vorgesehen, an dem nach § 2a Absatz 3 des Entwurfs eines Änderungsgesetzes zum LplG vom November 2005 zunächst einmal nur die betroffenen höheren Landesbehörden zu beteiligen seien.

Der Regionalverband beziehe jedoch in diesem frühen Stadium gezielt auch die unteren Fachbehörden ein, da diese später mit den einzelnen Verfahren befasst seien.

Auf die Vorlage eines Scopingpapiers habe man bewusst verzichtet, weil eine ergebnisoffene Beratung ausdrücklich erwünscht sei. Das Vorhaben selber sei in der Sitzungsvorlage der Verbandsversammlung vom 12.05.2006 beschrieben, die alle Anwesenden vorab erhalten hätten.

3. Beschreibung des Vorhabens

Herr Winkelhausen informiert daraufhin über den Antrag der Gemeinde Eriskirch auf Änderung des Regionalplans im Bereich Eriskirch-Waldesch. Hintergrund dafür sei die Absicht des derzeit im Ortszentrum von Eriskirch liegenden Obstgroßhandelsbetriebes Spanagel, sich nördlich der B 31 neu im direkten Anschluss an den Seewald anzusiedeln.

Mit Hilfe einer Luftbildprojektion zeigt er auf, dass die geplante baulich-gewerbliche Nutzung in einen besonders sensiblen Landschaftsteil des Bodensee-Uferbereich eingreife und damit den Aufgaben und Funktionen des regionalen Grünzugs Nr. 04 (Landschaft entlang der Schussen von Meckenbeuren bis Eriskirch mit Seewald bei Friedrichshafen und dem Tettnanger Wald) widerspreche.

Um die geplante Ansiedlung des Obstgroßhandelsbetriebs an dieser Stelle zu ermöglichen, bedürfe es daher der Änderung des verbindlichen Regionalplans. Eine Zulassung im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens sei planungsrechtlich unzulässig.

Abschliessend erläutert er anhand der Planungsunterlagen die voraussichtliche verkehrliche Erschliessung und stellt dar, dass der Flächenbedarf aufgrund eines Vorgesprächs mit der Gemeinde Eriskirch am 18.09.2006 inzwischen deutlich geringer ausfalle als ursprünglich angenommen und in der Sitzungsvorlage des Regionalverbandes vom 12. Mai diesen Jahres dargestellt.

Herr BM Spieth weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Gemeinde bereits mit allen betroffenen Grundstückseigentümern notariell beurkundete Vorverträge über den Kauf der benötigten Grundstücke abgeschlossen habe.

4. Beiträge der Teilnehmer

Herr Dr. Bischoff berichtet über die Stellungnahmen, die von den verschiedenen Fachbereichen des Regierungspräsidiums abgegeben worden seien:

- Nach Auffassung der höheren Raumordnungsbehörde seien bei der Prüfung von vernünftigen Alternativen insbesondere Bereiche zu untersuchen, die unter Zugrundelegung der Zulieferstruktur entweder außerhalb von zu schützenden regionalen Freiflächen liegen und denen keine sonstigen Ziele der Raumordnung entgegenstehen oder die in wesentlich geringerem Maße in regionale Freiflächen eingreifen.

- Aus denkmalpflegerischer Sicht bestünden gegen die Änderung des Regionalplans keine Bedenken. Allerdings sei im südlichen Teil des Interessengebiets mit römischen Siedlungsbefunden zu rechnen, auf die im Zuge der Folgeplanungen vor dem Beginn von Bodeneingriffen (ggfs. durch eine Grabung) rechtzeitig Rücksicht genommen werden müsse. Dies gelte auch für das Umfeld des Interessengebiets, sofern dort Trasseninfrastrukturen vorgesehen seien (Leitungen, Erschließungsstraßen).

Herr BM Spieth hält dies nach den bisherigen Erfahrungen im Bereich nördlich der B 31 für ausgeschlossen.

Herr Dr. Bischoff berichtet weiter:

- Aus der Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege würden die seither vom Regionalverband und vom Regierungspräsidium vorgetragenen Bedenken zur Verlagerung des Obstgroßhandelsbetriebs Spanagel an den Standort Eriskirch-Waldesch geteilt.
- Die Forstverwaltung sehe keine direkte Betroffenheit von Waldflächen durch das Vorhaben. Das Interessengebiet grenze im Westen jedoch unmittelbar an den Waldkomplex "Seewald", der seinerseits den südlichen Abschluss des nahezu durchgehenden Waldbandes entlang des unteren Schussentals darstelle. Auf diese Weise könnten sich durch das Vorhaben Auswirkungen auf den Wald bzw. die Waldbewirtschaftung ergeben. Dabei sollten folgende Aspekte geprüft werden:
 - Auswirkungen auf die Bewirtschaftung der im Westen angrenzenden Waldgrundstücke (z.B. Bewirtschaftungserschwerisse),
 - Auswirkungen auf die in der Umgebung vorhandenen Waldbiotope, insbesondere das direkt angrenzende Waldbiotop 8323:0141 (24,0 ha) und ggf. benachbarte Biotope im Offenland sowie auf evt. bestehende Biotopvernetzungen,
 - Auswirkungen auf die Waldfunktionen. Der Waldkomplex "Seewald" sei von der Waldfunktionenkartierung als Erholungswald der Stufe 2 bzw. 1 (stadtnaher Teil bei Friedrichshafen) und z.T. als Immissionsschutzwald ausgewiesen.
- Die Landwirtschaftsverwaltung betrachte die Verlagerung des Betriebs aus landwirtschaftlicher Sicht als notwendig. Die für das Vorhaben benötigten landwirtschaftlichen Fläche seien relativ gering. Der Umweltbericht sollte folgende Punkte abhandeln:
 - Umfang und Nutzung der in Anspruch genommenen (landwirtschaftlichen) Flächen,
 - Auswirkung des Vorhabens auf die Erschließung umliegender landwirtschaftlicher Flächen,
 - Abschätzung der Inanspruchnahme zusätzlicher landwirtschaftlicher Flächen für evt. notwendige Ausgleichsmaßnahmen.
- Nach Ansicht der Strassenbauverwaltung gebe es Bedenken hinsichtlich der äußeren verkehrlichen Erschließung ("Anschluß an den Anschluß"). Ein direkter Anschluss an die Umgehungsstraße oder deren Anschlussäste könne wegen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs nicht zugelassen werden. Außerdem dulde der Baulastträger der Bundesstraße keinen Anschluss in einer Anschlussstelle. Sofern eine Erschließung über das nachgeordnete Straßennetz nicht erfolgen könne, wäre ein Anschluss an die B 31 verkehrsrechtlich nur indirekt über einen aufwändigen Umbau der Anschlussstelle möglich. Im Übrigen seien die Anbaubeschränkungen nach § 9 FStrG (Bauverbot bis 20 m Abstand und Baubeschränkung bis 40 m Abstand vom befestigten Fahrbahnrand) zu beachten.

Herr BM Spieth sieht diese Einschätzung im Widerspruch zu einer Aussage des früheren Straßenbauamtsleiters Hartmut Kohler. Dieser habe in öffentlicher Sitzung des Eriskircher Gemeinderats ausdrücklich bestätigt, dass ein sog. gespiegelter Kreisverkehrsknoten sowohl technisch machbar als auch zulässig sei.

Herr Dr. Bischoff sagt zu, diesen Widerspruch intern abzuklären.

Herr Pflug ist der Ansicht, dass die Alternativenprüfung ein wesentlicher Aspekt des Verfahrens sein werde. Der starke Vorhabensbezug der Planung mache bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine detaillierte Prüfung erforderlich. Dabei würden die Parameter von der SUP-Richtlinie klar vorgegeben.

Besondere Beachtung sollte den Wechselbeziehungen zwischen dem Waldbiotop des Seewaldes und der Schussen geschenkt werden. Er weise in diesem Zusammenhang auf den Erhebungsbogen der Waldbiotopkartierung hin, der ein schützenswertes Fledermausvorkommen ("Grosses Mausohr") erwähne.

Das Kreisplanungsamt mache darauf aufmerksam, dass im rechtswirksamen Flächennutzungsplan des Gemeindeverwaltungsverbandes Eriskirch-Kressbronn-Langenargen für das Interessengebiet wegen der Lage im Einzugsbereich des Flughafens nachrichtlich eine Bauhöhenbeschränkung auf 440 m ü. NN übernommen worden sei.

Vom Landwirtschaftsamt des Bodenseekreises werde die geplante Verlagerung des Betriebs grundsätzlich befürwortet. Leider sei die wünschenswerte Kooperation oder sogar Zusammenlegung mit dem Obstgroßmarkt Schaugg in Eriskirch-Mariabrunn zur Zeit nicht realisierbar.

Das Amt für Wasser- und Bodenschutz weise darauf hin, dass die Flächen im Planungsgebiet derzeit überwiegend für landwirtschaftliche Sonderkulturen genutzt würden. Hier bestehe die Besorgnis von nutzungsbedingten Schadstoffanreicherungen mit Schwermetallen und Pflanzenschutzmitteln im Oberboden. Daraus können sich unter anderem Einschränkungen in der Wiederverwendung von anfallendem Überschuss an Erdaushub ergeben.

Herr Winkelhausen hält die Prüfung der Standortalternativen aus der Sicht der Regionalplanung ebenfalls für bedeutsam. Als wichtiges Kriterium müsse hier das Einzugsgebiet der Zulieferbetriebe betrachtet werden. Der Regionalverband habe in diesem Zusammenhang bereits eine entsprechende Untersuchung durchgeführt und dabei festgestellt, dass zum Beispiel ein alternativer Standort auf bayerischem Gebiet nicht in Frage komme.

Ein weiteres wichtiges Thema neben der Frage der Standortalternativen sei das Problem der Untersuchungstiefe. Auf der Ebene der Regionalplanung müsse im Grunde nach Aktenlage entschieden werden, da der Regionalverband keine Voruntersuchungen in Auftrag gebe. Es sei jedoch auch möglich, die anlaufenden Verfahren zu koordinieren, deren Ergebnisse abzuwarten und dann in den Umweltbericht einzuarbeiten.

Dies würde allerdings eine gewisse zeitliche Verzögerung nach sich ziehen, so dass mit einer Behandlung des Änderungsentwurfs in der nächsten Verbandsversammlung nicht zu rechnen sei.

BM Spieth sieht keinen Grund, im Rahmen des anstehenden Bebauungsplanverfahrens die Fledermauspopulation im Seewald zu untersuchen.

Herr Pflug erläutert, dass es um die Wechselbeziehungen zwischen dem Seewald und der Schussen gehe, die durch den geplanten Baukörper beeinflusst werden könnten. Die Wertigkeit des Waldes habe Einfluß auf die Alternativenprüfung.

BM Spieth kommt daraufhin auf mögliche Alternativstandorte zu sprechen. Eine echte Alternative gebe es im Grunde nur im Bereich Meckenbeuren. Diese stehe allerdings nicht zur Verfügung, weil sie für Strassenbauzwecke benötigt werde und auch verkehrlich nicht geeignet sei. Der Standort Schaugg in Eriskirch-Mariabrunn komme aus Gründen des Lärmschutzes für eine Ausweitung nicht in Frage.

Herr Winkelhausen bestätigt den Mangel geeigneter Alternativen aus der Sicht der Regionalplanung.

Herr Dr. Bischoff hält es für erforderlich, das Bebauungsplanverfahren und das Verfahren zur Regionalplanänderung so zu parallelisieren, dass die entsprechenden Planunterlagen gleichzeitig prüf- und genehmigungsfähig seien.

Herr Kleiner sieht es als bedenklich an, dem Antragsteller zum jetzigen Zeitpunkt die Kosten einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), die ein Bebauungsplanverfahren nach sich ziehe, aufzubürden. Dies sei fast nicht leistbar.

Herr Winkelhausen ist der Ansicht, dass die UVP zum Bebauungsplan nicht komplett abgeschlossen sein müsse, um die für die Regionalplanänderung bedeutsamen Ergebnisse in das Änderungsverfahren einfließen zu lassen.

Herr Pflug ergänzt, dass im Regionalplanänderungsverfahren eine NATURA 2000-Prüfung nicht notwendig sei. Auch die artenschutzrechtliche Prüfung könne außen vor bleiben.

Herr Winkelhausen schlägt aus pragmatischen Gründen vor, mit Blick auf die nachgelagerten Verfahren bereits jetzt die kritischen Punkte von Seiten der Gemeinde untersuchen zu lassen. Dazu gehöre mit Sicherheit die Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen Seewald und Schussen.

BM Spieth kann keinen Grund dafür erkennen, bereits jetzt diese Untersuchungstiefe anzustreben.

Herr Winkelhausen stellt die Frage, ob die vom Naturschutz geäußerten Bedenken einer Abschichtung entgegenstehen würden und daher als K.O.-Kriterien zu betrachten seien.

BM Spieth sieht nach den Vorgesprächen, die er unter anderem mit Herrn Körner von NABU geführt habe, keine K.O.-Kriterien.

Herr Pflug weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich im Interessengebiet Streuobstflächen mit möglicherweise streng geschützten Vogelarten befinden. Dies sei besonders im Hinblick auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Januar 2006 wichtig, durch das die Bundesrepublik Deutschland wegen unzureichender Berücksichtigung der FFH-Richtlinie in den artenschutzrechtlichen Regelungen des BNatSchG verurteilt worden sei. Das Urteil werde auch Folgen für die kommunale Bauleitplanung haben, weil sich diese nicht mehr auf die gesetzliche Ausnahmeregelung des § 43 Abs. 4 BNatSchG berufen könne.

Herr Winkelhausen kann aus der Sicht der Regionalplanung keine Gründe erkennen, die gegen eine Abschichtung sprechen.

Herr Dr. Bischoff verdeutlicht noch einmal, dass es im Verfahren zur Regionalplanänderung nicht um die Frage der Bebauung gehe, sondern um die Rücknahme des Grünzugs. Daher könne die detaillierte Prüfung der Naturschutzbelange durch die Naturschutzbehörden ohne weiteres dem Bauleitplanverfahren vorbehalten bleiben.

BM Spieth schliesst sich dieser Einschätzung an.

Herr Pflug erinnert an die bereits erwähnte Waldbiotopkartierung, die Hinweise auf ein schützenswertes Fledermausvorkommen enthalte. Außerdem weist er noch einmal auf die Streuobstflächen hin, bei denen unter Umständen artenschutzrechtliche Aspekte zu beachten seien.

Herr Dr. Bischoff stellt klar, dass die Regionalen Grünzüge bestimmte Aufgaben zu erfüllen hätten. Dazu gehöre die Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes durch Klima-, Gewässer-, Arten- und Biotopschutz. Diese Überlegung müsse in die Abwägung eingehen.

Herr Pflug spricht sich dafür aus, den/die Bearbeiter der Waldbiotopkartierung anzusprechen, um weitere Erkenntnisse zu den Fledermausvorkommen zu erhalten.

Herr Winkelhausen nimmt diesen Hinweis auf. Es sei vernünftig, bestimmte Dinge mit angemessenem Aufwand bereits frühzeitig abzu prüfen. Nur so könnten Probleme im Genehmigungsverfahren vermieden werden. Er sagt zu, sich insbesondere mit lokal agierenden Vertretern der Naturschutzverbände in Verbindung zu setzen, um aktuelle Erkenntnisse abzufragen.

Der Umweltbericht müsse in jedem Fall vor dem Anhörungsverfahren vorliegen und primär die Standortalternativen prüfen. Erst sekundär könne es dann um die Vereinbarkeit mit dem Grünzug gehen. Dabei müsse man sich auch Gedanken über den Zuschnitt des Grünzugs und einen möglichen Lückenschluss zum Eriskircher Ried machen.

5. Weiteres Vorgehen

- Der Regionalverband fertigt ein Protokoll über die heutige Besprechung und versendet dieses an die Gesprächsteilnehmer.
- Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben erstellt den Umweltbericht und erarbeitet danach einen Entwurf zur Änderung des Regionalplanes im Bereich Eriskirch-Waldesch. Sofern die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 8. Dezember 2006 dem Änderungsentwurf zustimmt, wird danach formell das Beteiligungsverfahren gem. § 12 Abs. 2 und 3 LplG eingeleitet.
- Vorbehaltlich der Ergebnisse der abschließenden Abwägung könnte der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben im Frühjahr 2007 die Änderung des Regionalplanes im Bereich Eriskirch-Waldesch als Satzung feststellen (§ 12 Abs. 7 LplG) und sie dem Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg zur Genehmigung gem. § 13 Abs. 1 LplG vorlegen.

Ravensburg, 30. November 2006

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'Z' followed by a series of loops and a final upward stroke.

Zeh



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

Regierungspräsidium Tübingen · Postfach 26 66 · 72016 Tübingen

Per E-Mail

Regionalverband
Bodensee-Oberschwaben
Hirschgraben 2
88214 Ravensburg

Tübingen	25.10.2006
Name	Dr. Erhard Bischoff
Durchwahl	07071 757-3238
Aktenzeichen	21-2/2424.43/Regionalplan- Änderung Eriskirch (Bitte bei Antwort angeben)

Verfahren zur Änderung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben im Bereich Waldesch, Gemeinde Eriskirch, - Scoping-Termin zur Strategischen Umweltprüfung (SUP) am 04.10.2006 -

Schreiben vom 15.09.2006 Az. Wh(RPlab-SUP)

Besprechung vom 04.10.2006 in Eriskirch

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Regierungspräsidium bedankt sich für die Beteiligung am Verfahren zur Änderung des Regionalplans im Bereich Eriskirch - Waldesch und gibt für die anstehende Strategische Umweltprüfung (SUP) zum Umweltbericht im Nachgang zur o. a. Besprechung folgende Hinweise:

Raumordnung

Der Bereich Waldesch der Gemeinde Eriskirch liegt im Regionalen Grünzug Nr. 04 „*Die Landschaft entlang der Schussen von Meckenbeuren bis Eriskirch mit dem Seewald bei Friedrichshafen und dem Tettnanger Wald*“. Dieser Regionale Grünzug und seine Freihaltung von Bebauung in der Randzone um den Verdichtungsraum stellt einen Kernbereich des Regionalplans im östlichen Bodenseeuferebereich dar. Eine solche gebietsscharfe regionalplanerische Ausweisung ist durch überörtliches Interesse von besonderem Gewicht gerechtfertigt, die durch die enge Verflechtung örtlicher und überörtlicher Belange im Bodensee-Uferbereich, verschärft durch die Lage in der Randzone um den Verdichtungs-

raum, sowie durch die Erfordernisse einer wirkungsvollen planerischen Gesamtkoordination auf begrenztem Raum bedingt ist (vgl. einschlägige Zielsetzungen des Bodenseeleitbilds 1994, des Landesentwicklungsplans 2002 sowie weitere verbindliche Ziel und sonstige Erfordernisse des Regionalplans). Die vielfachen Nutzungsüberlagerungen einschließlich der Erhaltung und Verbesserung wettbewerbsfähiger wirtschaftlicher Strukturen in diesem sensiblen Raum begründen daher einen besonderen regionalen Planungsbedarf.

Nach Artikel 5 „Umweltbericht“ Abs. 1 der SUP-Richtlinie der EU, die gemäß § 7 Abs. 5 i.V.m. § 22 ROG unmittelbar gilt, ist ein Umweltbericht zu erstellen; darin werden die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen, die die Durchführung des Plans oder Programms auf die Umwelt hat, sowie vernünftige Alternativen, die die Ziele und den geographischen Anwendungsbereich des Plans oder Programms berücksichtigen, ermittelt, beschrieben und bewertet. Bei der Prüfung von vernünftigen Alternativen sind nach Auffassung der höheren Raumordnungsbehörde deshalb insbesondere Bereiche zu untersuchen, die unter Zugrundelegung der Zulieferstruktur

- entweder außerhalb von zu schützenden regionalen Freiflächen liegen und denen keine sonstigen Ziele der Raumordnung entgegenstehen oder
- die in wesentlich geringerem Maße in regionale Freiflächen eingreifen.

Denkmalpflege

Gegen die Änderung des Regionalplans bestehen aus denkmalpflegerischer Sicht keine Bedenken.

Im südlichen Teil des Interessengebiets Spanagel ist mit römischen Siedlungsbefunden zu rechnen, auf die im Zuge der Folgeplanungen vor dem Beginn von Bodeneingriffen (ggfs. durch eine Grabung) rechtzeitig Rücksicht zu nehmen ist. Dies gilt auch für das Umfeld des Interessengebiets, sofern dort Trasseninfrastrukturen vorgesehen sind (Leitungen, Erschließungsstraßen).

Landwirtschaft

Die Verlagerung des Betriebs Spanagel wird aus landwirtschaftlicher Sicht für notwendig erachtet. Im übrigen ist die für das Vorhaben benötigte landwirtschaftliche Fläche relativ gering.

Im Umweltbericht sind aus landwirtschaftlicher Sicht folgende Punkte abzuhandeln:

- Umfang und Nutzung der in Anspruch genommenen (landwirtschaftlichen) Flächen
- Auswirkung des Vorhabens auf die Erschließung umliegender landwirtschaftlicher Flächen.
- Abschätzung der Inanspruchnahme zusätzlicher landwirtschaftlicher Flächen für evt. notwendige Ausgleichsmaßnahmen.

Naturschutz und Landschaftspflege

Aus der Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege werden die seither vom Regionalverband und vom Regierungspräsidium vorgetragenen Bedenken zur Verlagerung des Obstgroßhandelsbetriebs Spanagel am Standort Eriskirch-Waldesch geteilt.

Forstwirtschaft

Nach den vorgelegten Unterlagen scheinen Waldflächen durch das o.g. Vorhaben nicht direkt betroffen zu sein. Das Interessengebiet der Fa. Spanagel grenzt im Westen jedoch unmittelbar an den Waldkomplex „Seewald“ an (Gemeindewald Eriskirch und Privatwald), der seinerseits den südlichen Abschluss des nahezu durchgehenden Waldbandes entlang des unteren Schussentals darstellt.

Obwohl Waldflächen für die angestrebte Ansiedlung des Obstgroßhandelsbetriebes nicht in Anspruch genommen werden sollen, können sich durch das Vorhaben dennoch Auswirkungen auf den Wald bzw. die Waldbewirtschaftung ergeben.

Folgende Aspekte wären daher zu prüfen:

- Auswirkungen auf die Bewirtschaftung der im Westen angrenzenden Waldgrundstücke (z.B. Bewirtschaftungerschwernisse).
- Auswirkungen auf die in der Umgebung vorhandenen Waldbiotope, insbesondere das direkt angrenzende Waldbiotop 8323:0141 (24,0 ha) und ggf. benachbarte Biotope im Offenland sowie auf evt. bestehende Biotopvernetzungen.
- Auswirkungen auf die Waldfunktionen. Der im Westen angrenzende Waldkomplex „Seewald“ ist von der Waldfunktionenkartierung als Erholungswald der Stufe 2 bzw. 1 (stadtnaher Teil bei Friedrichshafen) und z.T. als Immissionsschutzwald ausgewiesen.

Straßenbau

Zur Auslagerung des im Ortszentrum von Eriskirch liegenden Obstgroßhandelsbetriebes Spanagel an die Umgehungsstraße B 31 bestehen Bedenken hinsichtlich der äußeren verkehrlichen Erschließung. Der Antrag der Gemeinde Eriskirch zur Änderung des Regionalplanes enthält hierzu keinerlei Angaben.

Ein direkter Anschluss an die Umgehungsstraße oder deren Anschlussäste kann wegen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs nicht zugelassen werden. Außerdem duldet der Baulastträger der Bundesstraße keinen Anschluss in einer Anschlussstelle.

Sofern eine Erschließung über das nachgeordnete Straßennetz nicht erfolgen kann und nachweislich keine anderen Lösungen möglich sind, wäre ein Anschluss an die B 31 verkehrsrechtlich nur indirekt über einen aufwändigen Umbau der Anschlussstelle mit erheblichem Eingriff in die Landschaft auf Kosten der Gemeinde möglich, z. B. durch Spiegelung des Kreisverkehrsplatzes von der Südseite auf die Nordseite der B 31. Das neue Gewerbegebiet könnte dann über den neuen Kreisverkehrsplatz angeschlossen werden.

Außerdem gelten für das Gewerbegebiet nördlich der B 31 die Anbaubeschränkungen nach § 9 FStrG (Bauverbot bis 20 m Abstand und Baubeschränkung bis 40 m Abstand vom befestigten Fahrbahnrand).

Das Bürgermeisteramt Eriskirch und das Landratsamt Bodenseekreis haben jeweils eine Mehrfertigung dieser Stellungnahme erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Bischoff', written in a cursive style.

Dr. Bischoff

Hallo Harald,

bezugnehmend auf unseren Behördentermin übersende ich dir wie vereinbart die Stellungnahmen des Derzernats 2.

Den Planauszug mit den geschützten Flächen, insbesondere dem Waldbiotop, habe ich Dir bereits übergeben. Zum Waldbiotop darf ich nochmals darauf hinweisen, dass als wertbestimmender Gesichtspunkt "seltene und gefährdete Tierarten" im Biotopbogen aufgeführt ist. Als Art ist das Große Mausohr explizit benannt. Gerade im Hinblick auf die Wechselbeziehungen zur Schussen und auf die im Gebiet (je nach Abgrenzung) enthaltenen Streuobstbestände als Lebensraum für verschiedene Tierarten sollten weitere Informationen eingeholt und in die Abwägung einfließen. Bei der Abgrenzung des Gebietes sollte der erforderliche Waldabstand sowie möglicherweise die Problematik des Erdaushubs Berücksichtigung finden.

Dir ein schönes Wochenende, Grüße

Andreas Pflug
Landratsamt Bodenseekreis
Umweltschutzamt -untere Naturschutzbehörde-
Tel. +49(0)7541/204-5258
Fax. +49(0)7541/204-7258
Email: <mailto:andreas.pflug@bodenseekreis.de>
Post: 88041 Friedrichshafen
Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.bodenseekreis.de>

> -----Ursprüngliche Nachricht-----
> Von: Wengert Henrik
> Gesendet: Freitag, 6. Oktober 2006 14:47
> An: Pflug Andreas
> Betreff: WG: Regionalplanänderung auf dem gebiet der Gemeinde
> Eriskirch
> Wichtigkeit: Hoch
>
>
>
>
>
>
> *****
> Henrik Wengert
> Landratsamt Bodenseekreis
> Amt für Kreisentwicklung
> Telefon: +49(0)7541/204 - 5274
> Telefax: +49(0)7541/204 - 7274
> E-Mail: <mailto:henrik.wengert@bodenseekreis.de>
> Post: 88041 Friedrichshafen
> Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.bodenseekreis.de>
>
>
>
> -----Ursprüngliche Nachricht-----
> Von: Wengert Henrik
> Gesendet: Mittwoch, 4. Oktober 2006 09:23
> An: Ludwig Katharina
> Betreff: Regionalplanänderung auf dem gebiet der Gemeinde Eriskirch
> Wichtigkeit: Hoch
>
>
> Hallo Frau Ludwig,
>
> bitte beigefügte Dokumente ausdrucken und an Herrn Pflug weiterleiten.
>
> Danke + Gruß
>
> Henrik Wengert
>
>
> *****
> Henrik Wengert
> Landratsamt Bodenseekreis
> Amt für Kreisentwicklung
> Telefon: +49(0)7541/204 - 5274
> Telefax: +49(0)7541/204 - 7274
> E-Mail: <mailto:henrik.wengert@bodenseekreis.de>
> Post: 88041 Friedrichshafen

> Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.bodenseekreis.de>
>
>

To: winkelhausen@bodensee-oberschwaben.de
Cc: henrik.wengert@bodenseekreis.de

Anhänge

2006_09_27 SN LWA.doc	49.152	06.10.2006 15:01:03
2006_09_27 SN WBO.doc	53.248	06.10.2006 15:01:03
2006_09_29 SN FNP.doc	46.592	06.10.2006 15:01:03

Waldbiotopkartierung Baden-Württemberg

Biotopname: **Südlicher Seewald**

Biotopnummer: **283239990141**

Fläche: 24,0000 ha

(keine Angabe zu Länge und Breite)

Teilflächen: 1

keine Angabe zu Höhe

Kartennummer: 8323-SW

Orthofotos: Keine Orthophotos zugeordnet.

Rechtswert: 3539557

Hochwert: 5277798

Naturraum: Bodenseebecken

Geologie: Keine Geologie zugeordnet.

Wuchsbezirke: EWB Südwestliches Oberschwaben

Erfassung: 16.01.1990

Bearbeitung: 19.12.2002

Kreis: Bodenseekreis

Gemeinde: Eriskirch (100%)

Forstbezirk: Tettnang

Gemeindewald (100%)

Distr./Abtlg.-Flächen: 2 / 2-4 / .

Eriskirch

. / 6,7 / .

Eriskirch

Leitbiotoptyp: Waldbestand mit schützenswerten Tieren

Biotopbeschreibung:

Fledermausvorkommen

Der Biotop ist ein keine Angabe.

Wertbestimmende Gesichtspunkte:

Seltene/gefährdete Tierarten

Waldfunktionen:

Immissionsschutzwald

1. Teilbiotop: Wälder (100%)

Kommentar:

Waldbestand mit schützenswerter Tierart

Beeinträchtigung / Beeinträchtigungsgrad des Teilbiotops:

Keine Beeinträchtigung erkennbar / keine Angabe

Waldbiotopkartierung Baden-Württemberg

Biotopname: **Südlicher Seewald**

Biotopnummer: **283239990141**

Arten im Gesamtbiotop:

RL	Wissenschaftl. Artname	Deutscher Artname	Jahr	Q/Be	Menge	Status
<u>Hoehere Pflanzen/Farne</u>						
	Acer pseudoplatanus	Berg-Ahorn	89			
	Acer pseudoplatanus	Berg-Ahorn	95			
	Alnus glutinosa	Schwarz-Erle	95			
	Betula pendula	Hänge-Birke	95			
	Betula pendula	Hänge-Birke	89			
	Dryopteris carthusiana agg.	Artengruppe Dornfarn	89			
	Dryopteris filix-mas agg.	Artengruppe Männlicher Wurmfarne	95			
	Dryopteris filix-mas agg.	Artengruppe Männlicher Wurmfarne	89			
	Fagus sylvatica	Rotbuche	89			
	Festuca altissima	Wald-Schwingel	95			
	Festuca altissima	Wald-Schwingel	89			
	Fraxinus excelsior	Gewöhnliche Esche	95			
	Fraxinus excelsior	Gewöhnliche Esche	89			
	Larix decidua	Europäische Lärche	95			
	Larix decidua	Europäische Lärche	89			
	Oxalis acetosella	Wald-Sauerklee	89			
	Picea abies	Gewöhnliche Fichte	89			
	Pinus sylvestris	Wald-Kiefer	89			
	Quercus robur	Stiel-Eiche	89			
	Quercus robur	Stiel-Eiche	95			
	Quercus rubra	Rot-Eiche	89			
	Quercus rubra	Rot-Eiche	95			
	Rubus caesius	Kratzbeere	89			
	Sambucus nigra	Schwarzer Holunder	95			
	Sambucus nigra	Schwarzer Holunder	89			
	Stachys sylvatica	Wald-Ziest	89			
	Stachys sylvatica	Wald-Ziest	95			
	Tilia cordata	Winter-Linde	89			
	Tilia cordata	Winter-Linde	95			
	Ulmus glabra	Berg-Ulme	95			
	Ulmus glabra	Berg-Ulme	89			
	Vaccinium myrtillus	Heidelbeere	89			
<u>Moose</u>						
	Polytrichum formosum	Schönes Frauenhaarmoos	89			
	Rhytidiadelphus loreus		89			
<u>Saeugetiere</u>						

Waldbiotopkartierung Baden-Württemberg

Biotopname: **Südlicher Seewald**

Biotopnummer: **283239990141**

2 Myotis myotis

Großes Mausohr

89

Sonstige Bemerkungen:

Fläche stellvertretend für den gesamten Seewald.

Literatur:

GÖTZ, Friedrichshafen

Erläuterungen zu den Artenlisten:

Artenliste: Gesamtbiotop

Quellen von Waldbiotopkartierung (WBK)

Rote Liste: 2 = stark gefährdet

Bearbeiter(in): Waldbiotopkartierung (WBK)

FVA: Wossidlo, Rainer

Schretzmann, Rainer

LFU: Sugg, Peter



Amt für Kreisentwicklung
im Hause

Name Konnerth
Zimmer-Nr. 225
Telefon 07541 2 04 - 5140
Telefax 07541 2 04 - 7140
E-Mail michael.konnerth@bodenseekreis.de
Aktenzeichen 24-680.9204 Kn

Datum 27. September 2006

Verfahren zur Änderung des Regionalplans im Bereich Eriskirch-Waldesch hier: Scoping-Termin zur Strategischen Umweltprüfung

- Beteiligung der Träger öffentlicher Belange vom 20. September 2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu o.g. Entwurf gibt das Amt für Wasser- und Bodenschutz folgende koordinierte Stellungnahme ab:

I. Abwasserentsorgung

Das vorgesehene Interessengebiet Spanagel ist entsprechend der gesetzlichen Vorgaben und geltenden Regelungen an die öffentliche Kanalisation anzuschließen bzw. zu entwässern. Hierzu ist eine entsprechende Erschließungsplanung erforderlich. Die Entwässerung bedarf im vorliegenden Fall der wasserrechtlichen Entscheidung.

II. Bodenschutz und Altlasten

Zur Verlagerung und Erweiterung des Obstgroßmarktes Spanagel ist ein Verfahren zur Änderung des Regionalplans im Bereich Eriskirch-Waldesch notwendig. Die vorgesehene Fläche liegt im nördlichen Bereich der Gemeinde Eriskirch und dort nördlich der Bundesstraße B 31 neu, etwa auf Höhe des neuen Feuerwehrhauses. Das geplante Änderungsgebiet erstreckt sich in seiner Längsrichtung von der B 31 neu ausgehend unmittelbar entlang des Seewaldes in nördliche Richtung. In östlicher Erstreckung reicht es bis an den von Süd nach Nord verlaufenden Feldweg heran.

Bereits im Februar 2005 hat die untere Bodenschutzbehörde zur Aufstellung des Vorhabens- und Erschließungsplans „Tannesch“ eine Stellungnahme abgegeben. Zum damaligen Zeitpunkt war die Ansiedlung des Obstgroßmarktes Spanagel östlich des neuen Feuerwehrhauses zwischen der B 31 alt und der B 31 neu vorgesehen.

Im Rahmen der Umweltprüfung sind die Auswirkungen der geplanten Verlagerung des Obstgroßmarktes und möglicher Alternativstandorte auf die betroffenen Böden aufzunehmen, zu beschreiben sowie Maßnahmen zur Minimierung der Eingriffe darzulegen. In die Prüfung soll auch eine Variante einbezogen werden, die eine Erstreckung des Obstgroßmarktes entlang der B 31 neu vorsieht. Ferner ist darzulegen, welchen Flächenbedarf der Obstgroßmarkt benötigt, woran Alternativen scheitern und warum der bereits vorgelegte VEP Tannesch zur Realisierung des Obstgroßmarktes nicht weiter verfolgt wurde.

In diesem Zusammenhang wird vor allem auf den Grundsatz des sparsamen und schonenden Umgangs mit dem Boden, allen voran eine flächensparende Ausweisung von Bauflächen hingewiesen. Die Bodenversiegelung ist auf das notwendige Maß zu begrenzen. Insbesondere sind geeignete Ausgleichsmaßnahmen für die unumgänglichen Eingriffe in die Böden des Planungsgebietes zu beschreiben. Die Ausgleichsmaßnahmen sind so auszuwählen, dass mit deren Realisierung keine erneuten Eingriffe in das Schutzgut Boden verbunden sind.

Die Flächen im Planungsgebiet werden derzeit überwiegend zum Anbau landwirtschaftlicher Sonderkulturen genutzt. Auf Flächen mit landwirtschaftlicher Sonderkulturnutzung, wie z. B. Intensivobst und Hopfen besteht die Besorgnis von nutzungsbedingten Schadstoffanreicherungen mit Schwermetallen (zum Beispiel Kupfer, Quecksilber, Cadmium) und Pflanzenschutzmitteln (Organochlorpestiziden). Daraus können sich unter anderem Einschränkungen in der Wiederverwendung von anfallendem Überschuss an Erdaushubmaterial bis in 90 cm Tiefe unter Geländeoberkante sowie bei der Rückhaltung/Versickerung von Niederschlagswasser über den anstehenden Boden ergeben.

Neben der allgemein üblichen Prüfung der Umweltbelange, sind daher zur Beurteilung entsprechende Bodenuntersuchungen sowie die Aufstellung eines auf den Untersuchungsergebnissen basierenden Wiederverwendungs- und Entsorgungskonzeptes für den anfallenden Erdaushub erforderlich. Das Ausmaß eventueller Schadstoffanreicherung kann sich auf die Kostenentwicklung und damit auf die Realisierbarkeit des geplanten Vorhabens auswirken.

Bei frühzeitiger Bearbeitung der Sonderkulturproblematik ist es möglich, die festgestellten Untersuchungsergebnisse in der weiteren Planung aufzugreifen und zum Beispiel belasteten humosen Oberböden zur Herstellung von Lärm- oder Sichtschutzwällen innerhalb des Planungsgebietes zu verwerten.

Mit freundlichem Gruß

Konnerth



Herr Wengert
im Hause

Name Dagmar Miedzianowski
Zimmer-Nr. 327
Telefon 07541 204-5385
Telefax 07541 204-7385
E-Mail dag-
mar.miedzianowski@bodenseekreis.de
Aktenzeichen 20- mie

Datum 29. September 2006

Verfahren zur Änderung des Regionalplans im Bereich Eriskirch – Waldesch - Scoping-Termin zur Strategischen Umweltprüfung -

Aus fachlicher Sicht der Flächennutzungsplanung sind konkrete Umweltauswirkungen insofern zu erwarten, als der betroffene Bereich im rechtswirksamen Flächennutzungsplan des Gemeindeverwaltungsverbandes Eriskirch - Kressbronn - Langenargen als **„Fläche für die Landwirtschaft“** dargestellt ist und diese überplant werden soll. Nachrichtlich wurde eine Bauhöhenbeschränkung auf 440 m ü. NN übernommen (Einzugsbereich Flughafen Friedrichshafen).

Die hier vorliegende Fassung des Landschaftsplans trifft zum Untersuchungsbereich keine Aussage.

Aus der Raumnutzungskarte des Regionalplans ist ersichtlich, dass durch die Änderung eine „keilförmige“ Herausnahme aus dem regionalen Grünzug 04 „Landschaft entlang der Schussen von Meckenbeuren bis Eriskirch mit dem Seewald bei Friedrichshafen und dem Tettlinger Wald“ erforderlich würde.

Der reg. Grünzug wird u.a. begründet mit „Erhaltung der Erholungsflächen südlich von Lochbrücke mit Übergang in die Waldgebiete des See- und Tettlingerwaldes; Sicherung der ökologisch wertvollen Biotopflächen längs der Schussen (südlich Lochbrücke); Sicherung leistungsfähiger Produktionsflächen für die Landwirtschaft (v.a. Obst-, Hopfenbau) zwischen Lochbrücke und Eriskirch“.

„Standortgebundene Einrichtungen der Infrastruktur ... sind nur dann zulässig, wenn mit Planungsalternativen die Notwendigkeit der Inanspruchnahme nachgewiesen ist.“

Miedzianowski



Landratsamt Bodenseekreis ■ 88041 Friedrichshafen

Dezernat / Amt 2 / Landwirtschaftsamt

Amt für Kreisentwicklung
im Hause

Name Herr Fuchs
Zimmer-Nr. 120
Telefon 07544- 9503 10
Telefax 07544- 9503 19
E-Mail Karl.Fuchs@Bodenseekreis.de
Aktenzeichen 22-AL-242 – Fu/Bre

Datum 21.Februar.2007

Verfahren zur Änderung des Regionalplans im Bereich Eriskirch-Waldesch

- Scoping-Termin zur Strategischen Umweltprüfung –

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 20.September 2006 und geben zu dem zu o. g. Planentwurf folgende Stellungnahme ab:

- ☐ Keine Äußerung
- x Fachliche Stellungnahme siehe Buchstabe A bis C

A. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können

Art der Vorgabe

entfällt

Rechtsgrundlage

entfällt

Möglichkeiten der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen)

entfällt

B. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Entwurf berühren können, mit Angabe des Sachstands

keine

C. Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Entwurf, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Der bisherige Standort im Ortsbereich von Eriskirch beim Bahnhof ist auch aus landwirtschaftlicher Sicht (oftmals Bedinderungen bei der Obstanlieferung durch die Obsterzeuger) unbefriedigend. Zudem sind die innerbetrieblichen Verhältnisse des Marktes beengt und ungünstig und werden heutigen Anforderungen an die Aufbereitung des Obstes sowie an den umfangreichen An- und Abtransport (LKW-Verkehr) nicht mehr gerecht. –Die Verlagerung des Marktes ist daher dringend erforderlich; hierbei wünschenswert wäre eine enge Kooperation (Zusammenlegung) mit dem Obstgroßmarkt Schaugg in Mariabrunn gewesen (z.Zt. jedoch nicht realisierbar).

Der geplante Standort am Waldesch, angrenzend an die Bundesstraße 31 (Neue Ortsumfahrung) und den Seewald ist aus landwirtschaftlicher Sicht vertretbar und für den Obstgroßmarkt sehr gut geeignet. Der Standort nahe am neuen Verkehrskreis „Eriskirch-West“ ist für die Obstanlieferung als auch die Obstabfuhr verkehrsmäßig gut an die neue B 31-Ortsumfahrung angebunden. –Ein wesentlicher Teil der Obstanfuhr erfolgt durch Vertrags-Obsterzeuger aus dem Raum Friedrichshafen.

Lt. Auskunft vom Inhaber des Obstgroßmarktes besteht bereits Einvernehmen mit den Standorteigentümern.

Da der neue Standort des Marktes und dessen Einrichtung den Obsterzeugern zugute kommt, gibt es vonseiten der Landwirtschaft keine Einwände gegen den geplanten Standort für die Aussiedlung des Obstgroßmarktes Spanagel; denn Alternativstandorte auf der Gemarkung Eriskirch sind lt. Gemeinde und auch unserer Vorortkenntnisse nicht vorhanden.

Freundliche Grüße

gez.
Karl Fuchs